



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Diener

Telefon: (0221) 221 - 27467

Fax: (0221) 221 - 29047

E-Mail: sebastian.diener@stadt-koeln.de

Datum: 10.04.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 09.03.2017, 15:30 Uhr bis 18:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausning	CDU
Frau Luisa Schwab	Grüne
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Erkelenz	CDU	Vertretung für Herrn Welter.
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	Vertretung für Herrn Ladenberger.

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln
Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung
Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU

Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.

Gäste

Frau Burcu Aquilino
Herr Thomas Zitzmann

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Welter	CDU	Wurde durch RM Erkelenz vertreten.
Herr Horst Ladenberger	StadtAG Behindertenpolitik	Wurde durch RM Schwannitz vertreten.

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	SPD
Herr Dr. Roland Quinten	AfD
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V. Wurde durch SE Fußén vertreten.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
------------------------	----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Figen Maleki Balajou	LiL
---------------------------	-----

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
---------------------	---

Frau Marita Bosbach

Deutsches Rotes Kreuz

Beratende Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
durch SE Wild vertreten.

Wurde

Frau Cornelia Harrer

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Monika Kuntze

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Frau Martina Schönhals

Diakonisches Werk Köln und Region

Herr Alexander Sperling

Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung

Herr Carsten Effert

Arbeiterwohlfahrt

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold begrüßt die Anwesenden. Zuallererst möchte er Hr. Wagner und dem Jobcenter herzlich gratulieren, da Herr Wagner zum Geschäftsführer des Jobcenters wiedergewählt wurde. Die Entscheidung wird vom Ausschuss begrüßt.

Es gibt einige Änderungswünsche zur Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet darum, TOP 4.7 trotz der Kurzfristigkeit zu behandeln.

Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 9.4 und 12.5 zusammen zu behandeln.

Es besteht noch Beratungsbedarf zu den Tagesordnungspunkten 10.1 und 11.1.3, die daher zur Beratung für die nächste Sitzung vorgesehen werden, in dieser dann aber zusammen behandelt werden.

RM Frau Hoyer bittet darum, die Tagesordnungspunkte 4.5 und 4.6 ohne Votum in die Beratungsfolge verweisen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold schlägt ebenfalls vor, den Tagesordnungspunkt 4.2 ohne Votum in die Beratungsfolge zu verweisen.

RM Frau Heuser schlägt vor, Tagesordnungspunkt 9.6 in die nächste Sitzung zu schieben. Außerdem bestehe in ihrer Fraktion zu Tagesordnungspunkt 4.4 noch Beratungsbedarf. Sie bittet deshalb darum, den Punkt ohne Votum in die Beratungsfolge zu verweisen.

Die Tagesordnung wird einstimmig wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers des Ausschusses Soziales und Senioren
0492/2017

Verpflichtung sachkundiger Einwohner

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln"
AN/0456/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0514/2016

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Förderung der ökumenischen Begegnungsstätte Café Bickolo e.V. im Haushaltsjahr 2017
3978/2016

4.2 Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Köln
0235/2017

4.3 Teilnahme der Stadt Köln am kommunalen Förderprogramm "NRWelttoffen"
0655/2017

4.4 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Josef-Kallscheuer-Straße, 50999 Köln - Sürth, zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
0928/2016

4.5 Feinkonzept zur Umsetzung von Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017
0544/2017

4.6 Förderprojekt "Einwanderung gestalten NRW"
0554/2017

4.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
0691/2017

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

7.2 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2016 0563/2017

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.10.2016 beziehungsweise auf die Beantwortung 3133/2016 des Jobcenters Köln zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE AN 1359/2016 0193/2017

8.1.2 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage zu TOP 8.2 von Frau Hollmann aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 26.01.2017 0534/2017

8.1.3 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage (Quote befristeter Beschäftigungsverhältnisse der Stadt Köln) zu TOP 8.1 der Sitzung vom 26.01.2017 (Bericht des Jobcenter Köln, 4324/2016) 0663/2017

8.1.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Stahlhofen aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.01.2017 0631/2017

8.2 Bericht des Jobcenter Köln 0578/2017

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Gruppe der Piraten im Rat der Stadt Köln betreffend "Gewaltschutz für Kinder in Flüchtlingsunterkünften: Bewirbt sich Köln für Koordinatorenstellen?" (AN/0027/2017) 0580/2017

- 9.2 1. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
0009/2017
- 9.3 Errichtung einer temporären Flüchtlingsunterkunft in Systembauweise am Standort Dürener Str. (neben 283), 50935 Köln-Lindenthal
3982/2016
- 9.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DieLinke und der Piraten-Gruppe betreffend "Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte einführen"
AN/0211/2017
- 9.5 Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe AN/1393/2016: "Werden die Standards für die Auswahl des Sicherheitspersonals kontrolliert?"
0226/2017
- 9.6 Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - 13. Bericht
0678/2017
- 9.7 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften
Zeit-/Maßnahmenplan - aktueller Sachstand
0517/2017
- 9.8 Zusammenfassung der Ergebnisse der Fachtagung „Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf“ am 16.09.2016
0592/2017
- 10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**
- 10.1 Inklusionsvereinbarung ersetzt die bestehende Integrationsvereinbarung
4128/2016
- 11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
- 11.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Heuser zur Beantwortung der Anfrage zum Thema "Beratungsangebot 'Präventive Hausbesuche' stärken!" (3521/2016)
0248/2017
- 11.1.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - (0990/2016) / Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln (2763/2016)
hier: Beantwortung von mündlichen Anfragen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung
3838/2016

- 11.1.3 Beantwortung einer Nachfrage zu TOP 10.5 Inklusionsvereinbarung ersetzt die bestehende Integrationsvereinbarung (4128/2016) aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 26.01.2017
0524/2017
- 11.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 26.01.2017 zur Mitteilung zum Projektstart des ESF-Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ ab 01.01.2017 -
0115/2017
0622/2017
- 11.1.5 Angebote der Beratungsstellen in Köln für Menschen mit Behinderungen hier: Beantwortung einer Anfrage aus dem Ausschuss Soziales und Senioren - Sitzung am 01.12.2016
AN/2030/2016
0657/2017
- 11.1.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?"
0574/2017
- 11.1.7 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Internet-Ausstattung in den städtischen Altenpflegeeinrichtungen für Senioren und Seniorinnen"
AN/0089/2017
- 11.1.8 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Schuldnerberatung bei der Stadt Köln"
AN/0141/2017
- 11.1.9 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Wohnraum für benachteiligte Personengruppen"
AN/0151/2017
- 11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
- 11.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Auswirkungen der Pflegestärkungsgesetze (PSG) I, II & III"
AN/0279/2017
- 11.2.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Vermittlungsstelle Seniorinnen- und Seniorenjobs"
AN/0283/2017
- 11.2.3 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Präventive Hausbesuche stärken"
AN/0286/2017
- 11.2.4 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen"
AN/0288/2017

11.2.5 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wie hat sich die Zahl der Abschiebungen aus Köln entwickelt?"
AN/0360/2017

11.2.6 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wie viele Menschen nutzen den Köln-Pass?"
AN/0364/2017

11.3 Mündliche Anfragen

12 Mitteilungen

12.1 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: Januar 2017)
0535/2017

12.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2017"
4272/2016

12.3 Sachstandsbericht des Programms "Win-Win für Köln"
0530/2017

12.4 Umsetzung "Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)" des Bundes in Köln
0239/2017

12.5 Anwendung der Software Karthago im Amt für Wohnungswesen
0573/2017

12.6 Broschüre zum Diversity Netzwerk der Kommunal- und Landesverwaltungen
0650/2017

12.7 Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
0624/2017

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 14 Beantwortungen von Anfragen**
- 15 Mitteilungen**
- 16 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 17 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 17.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
 - 17.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
 - 17.3 Mündliche Anfragen
- 18 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 20 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 21 Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers des Ausschusses Soziales und Senioren 0492/2017

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode 2014 bis 2020 Herrn Sebastian Diener zum Schriftführer des Ausschusses.

Die Bestellung von Herrn Dr. Robert Becker wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

Verpflichtung sachkundiger Einwohner

Der Ausschussvorsitzende RM Paetzold verpflichtet Hr. Dr. Dr. Mück gemäß § 5 der Hauptsatzung zum sachkundigen Einwohner.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln" AN/0456/2016

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold mahnt an, dass sich die Vorlage bald jährt.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt zu, sein Nachfragen beim anderen Dezernat zu intensivieren.

RM Frau Hoyer schlägt vor, das Thema erst wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, wenn Herr Beigeordneter Dr. Rau etwas zu dem Thema sagen könne.

Der Ausschussvorsitzende RM Paetzold schlägt vor, dass er gemeinsam mit Schriftführer Herr Diener eine Liste vorbereitet, auf welche die Punkte gesetzt werden, die derzeit nicht beantwortet werden können. Damit können die offenen Punkte bis zur Wiederaufnahme auf die Tagesordnung nachgehalten werden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau befürwortet diesen Vorschlag.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion AN/0514/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlage zur weiteren Bearbeitung in eine der nächsten Sitzungen zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

**4.1 Förderung der ökumenischen Begegnungsstätte Café Bickolo e.V. im Haushaltsjahr 2017
3978/2016**

Der Ausschussvorsitzende RM Paetzold hält das Projekt für sehr gut.

RM Frau Hoyer findet das Projekt ebenfalls unterstützenswert, vermisst jedoch eine schriftliche Detaillierung des Projektes, insbesondere im Hinblick auf die Kostensituation.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt eine ausführliche Darstellung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Förderung der ökumenischen Begegnungsstätte Café Bickolo e. V. im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 35.000 € (im Haushaltsjahr 2018 mit 36.000 € und ab dem Haushaltsjahr 2019 mit 37.000 €). Die Mittel werden im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung gestellt.

Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Förderung in den Jahren 2018ff. erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.2 Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Köln
0235/2017**

RM Herr Detjen erläutert, dass der Stadtsportbund erklärt habe, dass die Ehrenamtskarte eine Alternative zum Steuerfreibetrag in Höhe von 720 € für Ehrenamtliche sei. Da sich die Angebote der Ehrenamtskarte vom finanziellen Umfang nicht mit dem Steuerfreibetrag decken, hält er diese für unattraktiv. Eine generelle Rabattierung sei angemessener.

SB Frau Schmerbach spricht das Thema Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an und dass hier keine Sitzungsgelder zur Verfügung stehen. Für dieses Ehrenamt sei zumindest eine Fahrtkostenerstattung wichtig. Grundsätzlich sei die Idee der Ehrenamtskarte gut und sie stimme Herr Detjen zu, dass das Angebot zu gering sei. Es müsse noch eine Konkretisierung der Vorlage stattfinden.

RM Frau Heuser erinnert daran, dass dies lediglich ein erster Aufschlag sei und ein Großteil der Ehrenamtlichen (im Ehrenamt) nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sei und somit das Problem der Besteuerung nicht auftrete. Über 200 Kommunen haben diese Ehrenamtskarte bereits und Köln als größte Stadt in NRW müsse hier langsam nachziehen.

RM Herr Klausing weist darauf hin, dass es bei der Ehrenamtskarte um den Aspekt der Anerkennung gehe und der finanzielle Aspekt im Hintergrund stehe. Im Engagementbereich sollen weiterhin Bereiche vorkommen, welche sich einer Marktlogik entziehen, um nicht jede Tätigkeit mit Geld aufzurechnen.

RM Frau Hoyer ist ebenfalls der Aspekt der Anerkennung wichtig und sie findet daher diesen ersten Aufschlag als gut gelungen. Sie betont, dass sie nicht möchte, dass durch die Ehrenamtskarte und die damit verbundenen Vergünstigungen ein erhöhter bürokratischer Aufwand auf die Verwaltung zukommt.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold betont die Wichtigkeit des Ehrenamtes und findet, in dem Zusammenhang sei die Ehrenamtskarte ein erster guter Aufschlag. Er fragt, wie sichergestellt wird, dass MitarbeiterInnen freier ehrenamtlicher Initiativen die Ehrenamtskarte beantragen können, wenn sie keiner Organisation angehören, die das geforderte Stundenkontingent bestätigen können.

Des Weiteren bittet er darum, den Kulturausschuss in die Beratungsfolge aufzunehmen.

RM Herr Klausing bittet um Prüfung, ob in Köln die JugendleiterCard (JuleiCa) mit der Ehrenamtskarte gleichgestellt werden könne, so dass eine zusätzliche Beantragung der Ehrenamtskarte entbehrlich sei.

Fr. Kunert betont, dass die jetzt vorgelegte Liste nur die erste noch sehr kleine Auswahl an Vergünstigungen sei. Man möchte mit dem Ratsbeschluss weitere Vergünstigungen einwerben.

Die anderen Gemeinden, welche die Ehrenamtskarte nutzen, halten die Vergünstigungen unproblematisch anhand der Kartenummer nach.

Mit den Flüchtlingsinitiativen wurde bereits Kontakt aufgenommen. Hier sei die Überlegung, dass diese aus dem Kreis der Ehrenamtlichen eine Person bestimmen, welche die Bestätigung des Stundenkontingents vornehme und dann auch fester Ansprechpartner sei.

Die JuleiCa muss lediglich vorgelegt werden, um die Ehrenamtskarte zu erhalten. Man müsse jedoch bedenken, dass die Ehrenamtskarte landesweit gelte und man deshalb nicht davon ausgehen könne, dass dann alle an der Ehrenamtskarte teilnehmenden Einrichtungen in NRW wissen, dass die JuleiCa in Köln mit der Ehrenamtskarte gleichgestellt sei. Daher ist es erforderlich, beide Karten zu besitzen.

Fr. Kunert sagt bezüglich der Nachfrage von RM Herrn Detjen eine schriftliche Beantwortung zu.

SE Herr Peters fragt bezüglich der Auswirkungen auf die Ehrenamtspauschale nach. Laut der Vorlage seien Ehrenamtliche von der Vergabe ausgeschlossen, die eine pauschale Aufwandsentschädigung erhalten. Dies gelte nicht, wenn die Pauschale nicht die entstandenen Kosten decke. Hier entstehe wieder eine Nachweispflicht und man könne davon ausgehen, dass es beim Ehrenamt keine Gegenrechnung der Stunden gebe, sondern eben dafür ein pauschalisierter Betrag als Erstattung von Aufwendungen zur Verfügung gestellt werde. SE Herr Peters plädiert dafür, die Ehrenamtskarte davon auszunehmen, da sie unschädlich gegenüber der Übungsleiterpauschale sei.

RM Herr Klausing versteht die Begründung bzgl. der JuleiCa. Für die Stadt Köln würde er sich aber wünschen, dass die Vergünstigungen der Ehrenamtskarte automatisch auch für die JuleiCa zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollen JuleiCa-Inhaber auf die Ehrenamtskarte zugreifen können, wenn sie es wollen.

SE Herr Scheffer weist darauf hin, dass Die Linke nicht gegen die Ehrenamtskarte sei, sondern diese bisher noch zu wenig biete und man hier erst aufstocken solle. Auch für den KölnPass sei noch Steigerungspotenzial vorhanden. Dies solle man beim Einholen weiterer Angebote für die Ehrenamtskarte im Hinterkopf haben.

SE Frau Volland-Dörmann ist positiv überrascht von der Menge der bisher vorhandenen Angebote, da sie auch bei den Erstgesprächen dabei war. Eine gute Werbung sei wichtig, damit die Karte als Bestandteil von Anerkennung angesehen werde. Ehrenamtliches Engagement solle Ehrenamt bleiben und nicht durch von finanziellen Leistungen kompensiert werden.

RM Frau Gärtner betont, dass es wichtig sei, durch den ersten Aufschlag einen Einstieg in das Thema zu bekommen, man könne das Angebot jederzeit fortentwickeln.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet darum, die Antworten auf die gestellten Fragen, wenn möglich, in die Beratungsfolge mit aufgenommen werden sollen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.3 Teilnahme der Stadt Köln am kommunalen Förderprogramm "NRWeltoffen" 0655/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Teilnahme der Stadt Köln am kommunalen Förderprogramm „NRWeltoffen“. Die in diesem Programm entwickelten Maßnahmen werden unter der Federführung des NS-Dokumentationszentrums durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.4 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Josef-Kallscheuer-Straße, 50999 Köln - Sürth, zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien 0928/2016

RM Frau Heuser fragt nach, ob umweltfreundliche Technologien bei Energieversorgung und bei der Heizung bedacht wurden. Des Weiteren seien Trockner umweltschädlich, weshalb die Frage aufkommt, ob diese sein müssen.

Sie fragt auch, ob die 14 Stellplätze notwendig sind oder ob eine Abweichung möglich sei, da die Unterkunft als „besondere Wohneinheit für Geflüchtete“ gelte.

Außerdem regt RM Frau Heuser an, nicht die standardisierte Ersteinrichtung für Notunterkünfte, sondern hier eine freundlichere Einrichtung zu wählen.

Hr. Ludwig sagt zu, diese Fragen rechtzeitig zur Sitzung der BV Rodenkirchen am 20.03.2017 schriftlich zu beantworten.

SE Herr Corneth weist daraufhin, dass bald eine neue Bauordnung in Kraft trete mit anderen Vorgaben zu den Stellplätzen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.5 Feinkonzept zur Umsetzung von Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017 0544/2017

RM Herr Detjen bittet darum darzulegen, wie sich die eine Millionen Euro Mehraufwand bei der Reduzierung des Betreuungsbedarfes errechne.

Er bittet außerdem darum aufzuzeigen, wie der Schlüssel berechnet werde, auch in Bezug auf Schichtarbeit.

Des Weiteren erfahre man Einiges erst aus der Presse und dann von der Verwaltung.

RM Frau Heuser interessiert sich ebenfalls für die Art der Berechnung, insbesondere für die Unterscheidung der Berechnung, welche durch die Verwaltung angestellt werde und derjenigen, welche durch die Träger angestellt werde.

Außerdem falle auf, dass bei der Stärkung des Ehrenamtes lediglich eine reine Zusetzung von Personalstellen vorliege. Es fehle die inhaltliche Anpassung, wie beispielsweise Qualifizierungen, Weiterqualifizierungen oder auch die Entwicklung neuer Programme.

Sie vermisse bei Entscheidungen auch die Einbeziehung der Flüchtlinge.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold äußert seinen Unmut darüber, dass im Vorfeld lange Diskussionen über das Thema stattgefunden haben, die im Nachhinein aber nicht notwendig waren, da die Standards laut Verwaltung bereits vor den Beratungen erfüllt waren. Diese Art des Umgangs mit ehrenamtlichen Ratsmitgliedern durch die Verwaltung halte er für unangemessen.

Des Weiteren bittet er darum, die Antworten auf die Fragen von RM Frau Heuser in die Beratungsfolge aufzunehmen.

Herr Ludwig erklärt, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplanes die Betreuungskosten durchgehend mit dem Schlüssel 1:80 gerechnet wurden. Daraus wurde ein Haushaltsansatz.

Die eine Million sei die Differenz, welche man benötige, um mehr Sozialarbeiter zu bezahlen, um den Schlüssel auf 1:60 in den betroffenen Unterkünften anpassen zu können.

Die geforderte Berechnung werde vorgelegt. Dennoch nenne er vorher mündlich ein Beispiel für die Sozialarbeiterbedarfe pro Unterkunft.

Er erklärt das am Beispiel Hardtgenbuscher Kirchweg. Hier stehen 400 Plätze für die Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung. Bei einem Schlüssel von 1:80 werden somit 5 Sozialarbeiter benötigt. Bei einer Absenkung des Schlüssels auf 1:60 werden 6,7 Sozialarbeiter gebraucht.

Diese Sozialarbeiterstellen könne man in Stunden pro Woche umrechnen. Ausgangslage hierfür sei die Vollzeitanstellung der Sozialarbeiter und somit 39 Stunden pro Woche. Bei einem Schlüssel von 1:80 seien dies 195 Sozialarbeiterstunden, bei einem Schlüssel von 1:60 20% mehr und somit 234 Stunden.

Man vergleiche dann diese Stunden mit den Stunden, die bereits tatsächlich in den Einrichtungen angeboten werden. Hier stelle sich heraus, dass die angebotenen Stunden höher seien, da in den letzten Monaten aufgrund von Schließungen von Turnhallen und rückläufiger Fallzahlen, mehr Personalressourcen zur Verfügung standen. Die Betreuungsstunden in den Einrichtungen wurden somit angehoben. Insbesondere der Samstag sei ein wichtiger Bestandteil geworden, da hier auch ein Großteil des Ehrenamtes in den Einrichtungen sei.

Beim Vergleich der vorhandenen Sozialarbeiterstunden mit den benötigten Sozialarbeiterstunden sei man nun seit einigen Wochen unter dem Schlüssel 1:60.

Bezüglich der Stärkung des Ehrenamts habe man auch mit drei Vertretern der Willkommensinitiativen zusammengesessen und zwei Punkte beschlossen, bei denen die Stärkung über die reine Personalzusetzung hinausgehe:

Zum einen die Stärkung der Internetseite www.Wiku-koeln.de, zum anderen gebe es Aufwandsentschädigungen für die Willkommensinitiativen, wenn Kosten bei organisatorischen Arbeiten entstehen. Ob die hierfür einkalkulierte Summe von ca. 57.000 € ausreiche, könne man vorher nicht sagen, da die Willkommensinitiativen unterschiedlich autark seien. Dies werde nach einem Jahr evaluiert.

Mit der Einbeziehung der Flüchtlinge müsse man sich beschäftigen. Bewohnerräte ergeben jedoch nur Sinn bei Wohnungen, bei denen eine geringe Fluktuation herrsche. Diesem Thema werde man sich aber noch in diesem Jahr nähern und über Ergebnisse werde der Ausschuss informiert.

RM Frau Heuser bedankt sich für die ausführliche Erläuterung. Den mit 57.000 € angesetzten Posten halte sie auch für sehr sinnvoll. Dennoch sehe sie noch Verbesserungsmöglichkeiten bei den Strukturen zur Unterstützung des Ehrenamts

RM Herr Detjen merkt an, dass es also keine tatsächliche Verbesserung der Betreuung in den Notunterkünften gebe, sondern eine virtuelle Verbesserung. Im Haushalt wurde mit 1:80 gerechnet, jetzt sei das Ziel 1:60, somit werde eine Million Mehraufwand berechnet. Eigentlich sei man bei 1:47, so kann man statt einer Million Mehraufwand mit zwei Millionen Mehraufwand rechnen.

Im Sinne der Haushaltsklarheit solle man beim Haushalt damit rechnen, womit auch real gerechnet werde.

Des Weiteren bittet er darum, dass die Verwaltung die realen Betreuungszeiten der einzelnen Notunterkünfte darstelle. Bei der Berechnung des Personalschlüssels müsse man folgende Zeiten berücksichtigen:

Schichtarbeitszeiten, Wochenarbeitszeiten inkl. Samstag und Sonntag, Urlaubs-, Krankheits- und andere Ausfallzeiten wie beispielsweise Besprechungs- und Schulungszeiten, besondere Belastungen müssen in Stunden umgerechnet werden.

Selbstverständlich seien weiterhin die Sollzeiten (1:60) die Grundlage der Berechnung.

SE Herr Krücker ist der Meinung, dass diese Diskussion nicht weiterhelfe. In den Flüchtlingsunterkünften gebe es Unterschiede, woraus sich wiederum unterschiedliche Anforderungen an die soziale Betreuung ergeben würden. Man könne daher nicht für jede Unterkunft denselben Schlüssel haben. Der Schlüssel, über den diskutiert werde, sei nur das Ergebnis aller Schlüssel zusammen.

Er hält es für viel wichtiger, dass der Rat den Beschluss gefasst habe, die Betreuung von Flüchtlingen in den Unterkünften zu verbessern.

Die Diskussion solle daher darauf hinaus sein, ob diese Verbesserung weiterhin notwendig sei und wenn ja, wie diese durchgeführt werde oder ob die Betreuung inzwischen auf solch einem Stand sei, dass diese nicht verbessert werden braucht.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold erklärt, dass der Rat beschlossen habe, dass in allen Turnhallen, Notunterkünften, Baumärkten etc. ein Schlüssel von 1:60 in jeder Unterkunft zu realisieren sei.

Herr Ludwig ergänzt, dass die Stadt diese Anforderungen voll und ganz erfülle. Der Schlüssel 1:47 beziehe sich lediglich auf die Turnhallen und Einrichtungen, welche der Rat im Beschluss erwähnt habe, da hier mit einer geringeren Privatsphäre zu rechnen sei.

Der Schlüssel beziehe sich nicht auf alle Einrichtungen im Stadtgebiet. In den bereits erwähnten Einrichtungen sei der Betreuungsschlüssel stadtweit am höchsten.

Herr Oster antwortet RM Frau Heuser, dass die Stärkung des Ehrenamtes sehr intensive Arbeit in Anspruch genommen habe. Bei dem Gespräch mit den Vertretern der Willkommensinitiativen, Ehrenamtlern und Trägern war die Fragestellung, welcher aktuelle Bedarf bei den Ehrenamtlern bestehe, damit man diese auch gezielt stärken könne. Hierbei wurden auch einige Maßnahmen zum Thema Qualifizierung festgelegt. Es werde beispielsweise ein Portal als zentrale Anlaufstelle eingerichtet, welches aufzeige, welche Qualifizierungen zur Verfügung stehen.

RM Frau Heuser bedankt sich für die Antwort und bittet um regelmäßige Sachstandsberichte, wie die inhaltliche Weiterentwicklung vorstattengehe und welche besonderen Themen im Fokus stehen.

Herr Oster bestätigt, dass parallel hierzu Austauschrunden installiert wurden, damit ein schneller Rückfluss komme, ob Bedarfe sich verändert haben oder nicht. Des Weiteren werde es auch Berichte über die Fortentwicklung geben.

RM Frau Heuser berichtet, dass die Initiativen bisher sehr zufrieden sind.

Herr Ludwig ergänzt, dass nach einem Jahr Praxiserfahrung, man mit einem Evaluationsbericht den entsprechenden Gremien eine Rückmeldung geben werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.6 Förderprojekt "Einwanderung gestalten NRW" 0554/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017 0691/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2017 Mittel für Antirassismus-Training 2017 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget“ gemäß Ratsbeschluss vom 20.12.2016 (Vorlage 3686/2016) in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training zu verwenden, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

Der Rat beschließt, aus diesen Mitteln in einem ersten Schritt Mittel in Höhe von 12.000 € an zwei Träger gemäß Anlage 1 zu vergeben.

Die verbleibenden Mittel in Höhe von 38.000 € werden in weiteren Schritten vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

7.2 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2016 0563/2017

SE Frau Hollmann wünscht sich ebenfalls eine Darstellung der Wohnungen, die jedes Jahr aus der Bindung fallen.

Sie fragt, ob es richtig sei, dass bei Wohnungen, die aus der Bindung herausfallen, man die Vermieter nicht mehr überzeugen könne, die Bindung gegen Geldleistung wieder zu reaktivieren.

Herr Ludwig bestätigt dies und begründet das mit fehlenden finanziellen Mitteln im Haushalt. Die Bindung zu halten sei ohne diese Mittel bei den Preisvorstellungen der Eigentümer nicht realisierbar.

SE Herr Scheffer hält die vorgelegten Zahlen für enttäuschend, da hier ein neuerlicher Rückgang vorliegt und sieht die Zahlen als eine Mahnung für die Politik. Im Bestand der geförderten Wohnungen sei kein Zuwachs, sondern eine Abnahme der geförderten Wohnungen vorhanden. Das Kooperative Baulandprojekt müsse endlich greifen und hier müsse man aufhören, dieses zu torpedieren.

Des Weiteren sei es ihm wichtig, dass sich im Bereich Innenstadt etwas verändert, da hier wieder keine Förderzusagen für Mietwohnungen gemacht wurden.

SE Herr Corneth weist darauf hin, dass weniger Wohnungen als im Jahr davor gefördert wurden. Der Beschluss des Rates aus dem Jahr 2009 sei wieder nicht erreicht worden, daher sei nun ein immenser Rückstand aufzuholen.

Wohnungspolitik sei Wirtschaftspolitik, durch fehlende Wohnungen siedeln sich Unternehmen eher woanders an. Hierdurch entfallen Gewerbesteuererinnahmen.

Er bedauert es, dass die Änderungen des Kölner Baulandmodelles, das am 4.4.2017 im Rat behandelt werde, nicht vorher in diesem Ausschuss diskutiert wurde. Die Dringlichkeit und Notwendigkeit der geförderten Mietwohnungen sei dem Ausschuss nicht bewusst.

Sozialleistungen seien zu verteilen, wenn es der Stadt gut gehe. Gut gehe es der Stadt, wenn Wohnungen gebaut werden, genug Gelände hierfür stehe zur Verfügung.

RM Frau Heuser fragt nach, wieso die Mittel aus der ergänzenden kommunalen Förderung nicht in Anspruch genommen wurden, gleichzeitig jedoch zwei Anträge für 44 Wohnungen vorliegen, welche nach Mittelübertragung bewilligt werden sollen. Wieso habe man nicht die kommunale Förderung verwendet, um die Anträge zu bewilligen und fortzuschreiben.

Des Weiteren wünscht sie sich eine Aufschlüsselung der Heimplätze, um erkennen zu können, welche Heimplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen wurden, welche für Studenten etc. Dies solle separat aufgeführt werden.

Außerdem stimmen die Anlagen nicht überein. In der Vorlage stehe, Heimplätze wurden gebaut, dies sei jedoch aus Anlage 1 nicht ersichtlich. Daher frage sie sich, ob die Heimplätze überhaupt gebaut wurden.

Beigeordneter Herr Dr. Rau teilt mit, dass Köln erkannt hat, dass Wohnraum das wichtigste Thema für Köln sei. Hier seien die Zahlen zu verbessern.

Jedoch sehe man, dass in 2016 das drittbeste Ergebnis in einem Zeitraum von 13 Jahren erreicht wurde, das Jahr an sich somit gar nicht so schlecht sei, wenn man es mit den anderen Jahren vergleiche.

Des Weiteren sei man abhängig von Investoren, die diese geförderten Wohnungen bauen. Die Stadt Köln baue hier nicht selbst, man müsse die Bedingungen für die Investoren interessanter machen.

Herr Ludwig erklärt, dass bei 877 Wohnungen der Investor für sich die betriebswirtschaftliche Entscheidung getroffen habe, öffentlich gefördert zu bauen und nicht freifinanziert. Diese Zahl sei die Anzahl der „freiwilligen“ Bauprojekte der Investoren, hier sei kein einziges Bauprojekt mit einbezogen, bei dem der Investor auf irgendeine Art und Weise gezwungen wurde, öffentlich gefördert zu bauen.

Des Weiteren seien die zwei Anträge für 44 Wohnungen Ergebnisse aus dem städtischen Förderprogramm, nicht aus dem Landesförderprogramm. Dies könne man der Überschrift entnehmen. Im Jahr 2016 wurden keine Heimplätze gefördert, da diese nicht beantragt wurden.

RM Frau Hoyer betont, man müsse für Investoren interessant werden. Fraglich sei, ob diese Förderungen und auch das Kölner Baulandmodell für Investoren interessant genug seien zu bauen.

Des Weiteren fragt sie, wie es zu der extremen Kostensteigerung der Preise für Mietwohnungen komme.

Herr Ludwig antwortet, dass durch das Inkrafttreten der zweiten Stufe der Energieeinsparverordnung (EnEV) im Baurecht diese Verschärfungen zu Kostentreibern geworden seien und daraus die erhöhten Preise resultieren.

SE Herr Corneth stellt rechnerisch die Preisentwicklung pro Quadratmeter dar, insbesondere unter Bezug der EnEV 2016.

Die Fördergröße des Landes sei zu gering und dadurch zu unattraktiv für den Investor.

Aus Gesprächen mit der Wohnungsinitiative Köln (WIK) und mit der Köln AG stelle sich heraus, dass die Investoren bereit seien, geförderten Wohnungsbau zu betreiben, wenn die Rahmenbedingungen überzeugend seien und stimmen.

Köln brauche dringend Studentenwohnungen und geförderten Wohnungsbau unter den richtigen Kriterien.

RM Frau Hoyer sagt, dass man beachten müsse, dass diese Kostensteigerung auch für die Investoren entstehe. Man müsse Anreize für die Investoren schaffen und diese nicht immer mehr belasten.

RM Herr Detjen schildert, dass die Anzahl der geförderten Wohnungen rückläufig sei. Beim Bau von geförderten Wohnungen sei es Fakt, dass die GAG davon 50% baue. Das heißt, man müsse mit der GAG reden, dass diese mehr geförderte Wohnungen bauen solle. Dafür benötige diese jedoch mehr Grundstücke.

Er kenne die mittelfristige Finanzplanung und das, was die GAG bauen wolle und die Anzahl der geförderten Wohnungen, welche die GAG bauen werde, liege nicht über 1.000. Hier müsse man mit der GAG reden, dass diese mehr bauen müsse. Dafür müsse die GAG auch mit Eigenkapital gestärkt werden

Herr Ludwig teilt mit, dass er mit der GAG ein Gespräch über die Planungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau für 2017 hatte. Hier sei von der GAG vorgestellt worden, dass in diesem Jahr 770 Anträge von der GAG zu erwarten seien.

SB Herr Dr. Schulz sagt, es sei wichtig, interessant für Investoren zu sein, aber auch interessante Investoren für die Stadt werden benötigt. Hier stelle man sich mit der GAG bereits gut auf.

Außerdem fragt er nach einer Erklärung, wieso die Verknappung baureifer Flächen in der Hand der Investoren bleibe. Den Satz verstehe ich nicht

Herr Ludwig erklärt, dass es in dieser Stadt einen sehr starken Wettbewerb der Investoren um baureife Flächen gebe. Hierdurch entstehen höhere Preise. Ab einem gewissen Preis sei der geförderte Wohnungsbau nicht mehr betriebswirtschaftlich darstellbar, ab dann müsse man freifinanziert bauen.

SE Herr Dr. Dr. Mück führt an, dass auch er mehr Wohnungen für sehr wichtig halte. Er fragt nach, wieso lediglich drei Wohnungen barrierearm umgebaut wurden, wieso die Zahl so niedrig sei und ob man hier etwas ändern könne.

Herr Ludwig antwortet, dass die Zahl so niedrig sei, weil das Segment Bestandsinvestition in der Landesförderung für die Investoren nicht attraktiv sei. Die Investoren, die im Bestand umbauen, nutzen viel lieber KfW-Förderungen, da diese attraktiver hierfür seien. Die Anzahl der Wohnungen, die barrierearm bzw. barrierefrei umgebaut werden, sei wesentlich höher als die drei hier aufgezählten Umbauten.

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.10.2016 bezugnehmend auf die Beantwortung 3133/2016 des Jobcenters Köln zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE AN 1359/2016 0193/2017

RM Herr Detjen stellt fest, dass gemäß den Ausführungen der Verwaltung große Wohnungsunternehmen sich mit einer Garantieerklärung einverstanden erklären. In diesen Fällen sei keine Zahlung von Mietkautionen notwendig. Hier fragt er nach, ob die Verwaltung mit dem Haus- und Grundbesitzerverein darüber sprechen könne, um private Hauseigentümer, die mehrere Wohnungen haben, ebenfalls zu motivieren, ebenfalls eine Garantieerklärung zu akzeptieren.

Des Weiteren fragt er nach, ob er richtig in der Annahme sei, dass die Kautions, welche ein ALGII-Empfänger zurückerhalte, nicht auf die Leistung angerechnet werde.

Herr Santelmann sagt zu, die Anregungen aufzunehmen und den Haus- und Grundbesitzerverein anzusprechen. Es werde dazu dann eine Rückmeldung mit den Ergebnissen in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren geben.

Die Annahme, dass die Kautions nicht auf die Leistung angerechnet werde, wird bestätigt.

8.1.2 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage zu TOP 8.2 von Frau Hollmann aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 26.01.2017 0534/2017

8.1.3 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage (Quote befristeter Beschäftigungsverhältnisse der Stadt Köln) zu TOP 8.1 der Sitzung vom 26.01.2017 (Bericht des Jobcenter Köln, 4324/2016) 0663/2017

SB Frau Schmerbach bittet darum, diese Beantwortung auch in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 27.03.2017 zu geben.

8.1.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Stahlhofen aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.01.2017 0631/2017

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold entschuldigt, dass der Punkt falsch eingeordnet wurde. Dadurch, dass er inhaltlich dennoch passt, werde der Tagesordnungspunkt 8.1.4 beibehalten.

RM Herr Detjen fragt nach, ob es einen neuen Sachstand gebe, nachdem das Gremium seit Jahresbeginn bereits zweimal getagt habe.

Herr Santelmann antwortet, dass momentan das Erarbeitete zusammengeführt werde, um im Mai 2017 mit einem Konzeptvorschlag auf den Ausschuss zuzukommen.

RM Herr Klausung fragt nach, welche Fristen für mögliche Förderprogramme verstreichen und wie man damit umgehe, wenn das Konzept erst für Mai angedacht sei und ob eine Teilkraftsetzung für Fördermittel, die bereits im April genutzt werden können, möglich sei.

Des Weiteren interessiere es ihn, warum die Einbindung externer Auftragnehmer notwendig sei.

Außerdem fragt er, wann es sich in der Verwaltung abgezeichnet habe, dass der Ratsbeschluss nicht in der vorgesehenen Frist umgesetzt werden könne und warum es nicht möglich sei, diesen in der vorhergesehenen Zeit umzusetzen?

Herr Wagner teilt mit, dass das Europäische Sozialfonds-Projekt (ESF) für Langzeitarbeitslose, welches sehr gute Fördermöglichkeiten biete, im April 2017 endet. Es sei geplant, sämtliche weiteren Förderprogramme dazu zu nutzen, diesen Ausfall zu kompensieren. Des Weiteren bewerbe sich das Jobcenter Köln um weitere ESF-Programme. Ob das Jobcenter Köln hier jedoch Zuschläge bekomme, sei zu diesem Zeitpunkt noch offen.

Herr Santelmann ergänzt, dass die Notwendigkeit für externe Unterstützung aufgrund fehlender personeller Ressourcen in dem zuständigen Bereich bestehe.

RM Herr Klausung fragt noch einmal, wann es sich in der Verwaltung abgezeichnet habe, dass der Ratsbeschluss nicht wie gefordert im 1. Quartal 2017 umgesetzt werden könne und ob es möglich sei, durch einen Teilstart trotzdem noch auf das ESF zugreifen zu können

Frau Steinraths antwortet, dass das von Herrn Wagner angesprochene ESF-Projekt zwar derzeit nicht für das kommunale Beschäftigungsprogramm genutzt werden könne, dennoch werde es für die Förderung von Langzeitarbeitslosen ausgeschöpft.

Durch personelle Engpässe sei die Umsetzung noch im ersten Quartal nicht realisierbar gewesen.

RM Herr Klausung betont, dass dies kein Vorwurf sei. Ihn interessierten die genauen Abläufe innerhalb der Verwaltung. Er fragt erneut, wann und wodurch sich abgezeichnet habe, dass der Ratsbeschluss nicht eingehalten werden könne? Es interessiert ihn, ob der Rat etwas falsch gemacht habe?

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Antwort zu.

8.2 Bericht des Jobcenter Köln 0578/2017

SB Herr Dr. Schulz bedankt sich für den Bericht. Beim Verwaltungskostenbudget greife man weiterhin in einer beträchtlichen Höhe von 15,5 Millionen Euro beim Eingliederungstitel ein. Dieses Budget sei aber bereits gegenüber dem Vorjahr von 59,2 Euro auf 56,3 Euro gesunken. Hier liege somit eine Schwächung vor. Es interessiert ihn, ob man hier Gestaltungsmöglichkeiten habe, da Einschnitte in den Eingliederungstitel zu vermeiden seien. Er bittet um eine Diskussion, was man hier machen könne.

Des Weiteren begrüßt er ausdrücklich die Beschlüsse zur Gesundheitsprävention. Hier sei aber weitestgehend von Beratung die Rede. Welche Maßnahmen, beziehungsweise Angebote gäbe es?

Besonders erfreut sei er über den Bericht über die Aufstocker/innen. Die Zahlen seien nicht alle sehr gut nachvollziehbar, er werde in einer späteren Sitzung mit Fragen zu dem Bericht auf Herrn Wagner zukommen. Interessant seien aber die Hinweise auf die Wirtschaftszweige, die offensichtlich sehr stark aus dem Sozialetat subventioniert werden.

Er bedankt sich erneut für den Bericht, insbesondere auch über den Bereich des „Integration Point“, wo gute Arbeit geleistet werde.

SE Frau Hollmann bedankt sich ebenfalls für den Bericht. Sie kritisiert, dass der Bericht jedes Jahr in einer unterschiedlichen Darstellung vorgelegt werde und wünscht sich eine einheitliche Darstellungsform.

Im Bericht seien Alleinerziehende und Schwerbehinderte als besondere Zielgruppen genannt und erläutert, dass die Zielgruppen gut erreicht wurden. Sie bittet darum, dies konkret aufzuzeigen. Ebenso sei die Integrationsquote von Schwerbehinderten von Interesse.

Sie findet es gut, dass Eintritte in Maßnahmen in den Bericht aufgenommen wurden und fragt nach den Planwerten für 2017.

Außerdem fragt sie nach, wie der Fallschlüssel pro einzelnen Mitarbeiter sei.

RM Frau Hoyer lobt besonders die Zielerreichung und informiert sich über die Ziele von 2017 und wann man dazu etwas höre.

Herr Wagner gibt an, dass die Thematik rund um das Verwaltungskostenbudget ein erhebliches Problem sei. Die Umschichtung von 19,9 Millionen Euro aus dem Budget des Eingliederungstitels erfolge, da das Verwaltungskostenbudget bei großen Jobcentern nicht auskömmlich ausgestattet sei. Da es sich jedoch um ein Globalbudget handelt, sei diese Verwendung rechters.

Er erläutert weiterhin, dass verschiedene Benchmarkingberichte deutlich machen, dass es keine Verschwendung seitens des Jobcenters Köln gebe. Eine Integration koste in Köln beispielsweise 5.100 € und sei sehr günstig. In NRW gebe es sonst Kosten von bis zu 6.400 €.

Trotz allem sei dies ein Problem, welches sich in den nächsten Jahren nicht bessern werde.

Bezüglich der Gesundheitsprävention werde man eine Darstellung der Maßnahmen vorlegen, sobald dieses Projekt ausreichende Erfahrungswerte hergebe.

Des Weiteren bietet er SE Frau Hollmann ein bilaterales Gespräch an, um über die Unterschiedlichkeiten der Berichte zu sprechen. Hier werde man eine einvernehmliche Darstellung finden.

Eine Auswertung sei nur insgesamt und nicht speziell für Schwerbehinderte und Alleinerziehende möglich. Hier gebe es nur die Integrationsquote insgesamt und beispielsweise die Kosten der Unterkunft (KdU).

Mit der Stadt Köln sei für 2017 vereinbart, den Fokus auf die Integration von Schwerbehinderten zu legen.

SE Frau Hollmann bemängelt, dass die Gruppe der Alleinerziehenden und der Schwerbehinderten jedoch als besondere Zielgruppe angegeben wurden.

Herr Wagner erklärt, dass in diesem Fall kein konkretes Zahlenziel genannt sei, sondern eine generelle Fokussierung dieser Gruppen das Ziel sei.

Des Weiteren sei die Quote der Nutzung des Eingliederungsbudgets in Höhe von 98,6% ein sehr exquisites Ergebnis. Man liege im obersten Drittel der deutschen Jobcenter. Hier sei er besonders stolz auf seine Mitarbeiter, dass diese solch ein gutes Ergebnis geschafft haben.

Der Betreuungsschlüssel für den Integration Point werde schriftlich nachgereicht.

SE Frau Hollmann fragt erneut nach der Planung für die Eintritte in Maßnahmen.

Sie fragt außerdem, wie es zustande komme, dass beim Zielmonitoring „Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug“ die Ist-Werte von 2015, welche jetzt vorgelegt wurden, niedriger angesetzt seien, als die Zahlen, die im laufenden Jahr vorgelegt wurden.

Herr Wagner sagt zu, die Planung für die Eintritte in Maßnahmen in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Es gab bundesweit im April 2016 eine Revision, bei der bestimmte Zielgruppen aus einem Teil der Statistik hinausgefallen seien, dafür an anderer Stelle wieder eingebracht wurden.

Zum besseren Verständnis werde er dem Protokoll Beispiele anhängen.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Gruppe der Piraten im Rat der Stadt Köln betreffend "Gewaltschutz für Kinder in Flüchtlingsunterkünften: Bewirbt sich Köln für Koordinatorenstellen?" (AN/0027/2017) 0580/2017

9.2 1. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 0009/2017

RM Frau Heuser bedankt sich für den Bericht und erwartet mit Spannung den folgenden Bericht, da dieser die vollen drei Monate nachweist und daher realistischere Zahlen aufzeigen werde.

SB Herr Dr. Schulz bedankt sich ebenfalls für den Bericht, dieser zeige ihm, in welche Stoßrichtung die Arbeit der Ombudsstelle gehe.

Es könne aber nicht sein, dass die Ombudsstelle einfordert, den Begriff der „kindgerechten Umgebung“ präziser zu bekommen, die Antwort der Verwaltung hierauf aber nicht ausreichend eingehe.

RM Frau Hoyer fragt nach, wie die Entwicklung aussehe. Nach 37 Fällen fände sie einen Blick in die Zukunft recht interessant.

Des Weiteren habe sie weiterhin ein Problem beim Thema Kategorisierung, insbesondere mit der Kategorie „Verstoß gegen die Menschenwürde“. Wie komme man zu diesen Kategorien und wieso wurde so etwas wie der Verstoß gegen die Menschenwürde hier eingebracht?

RM Herr Detjen sagt, dass er die Form des Berichtes gut finde. Insbesondere der Gedanke, dass die Ombudsstelle als unabhängiges Organ etwas empfiehlt, gefalle ihm sehr gut. Daher die Frage, ob sich die nächsten Berichte auch an dieser Form orientieren werden?

Er appelliert an die Verwaltung und die Ombudsstelle, dass es wichtig sei, bei einem guten Miteinander nicht auf die jeweiligen Kompetenzen zu beharren, sondern im Prozess ein gutes Miteinander zu entwickeln.

Herr Zitzmann teilt mit, dass Ende des Quartals der neue Bericht abgeschlossen sein werde und es zeichne sich ab, dass er von der Größe im gleichen Rahmen wie der Aktuelle sei. Die Zahl der Fälle, die nicht zielgerichtet seien, also nicht in den Aufgabenbereich der Ombudsstelle falle, sei geringer geworden. Hier bemerke man einen Lerneffekt der Stellen, welche der Ombudsstelle die Fälle zutragen. Diese wüssten mit der Zeit, was zum Aufgabengebiet der Ombudsstelle gehöre und was nicht.

Bei den Überlegungen zur „kindgerechten Umgebung“ bezog man sich auf den Katalog der „deutschen Gesellschaft für Kinderschutz in der Medizin“. Dieser schlägt vor, welche Standards auch in Notunterkünften erfüllt sein sollten. Vor Allem mangelnde Rückzugsräume für Kinder und Stillende seien oftmals Beschwerdepunkt. Das wissen das Gesundheitsamt und die Ärzte der Stadt Köln jedoch und auch, dass hier somit deutlicher Verbesserungsbedarf bestehe.

Die Kategorisierung greife die vier vom Rat geforderten Punkte auf:

- Gewalt
- Sexueller Übergriff
- Diskriminierung
- Verletzung der Menschenwürde

Weitere Kategorien werden aus dem heraus entwickelt, was sich aus dem speziellen Fall ergibt. Dies sei dem induktiven sozialwissenschaftlichen Verfahren angelehnt. Die Kategori-

sierung werde aufgrund der Beschwerde selbst vorgenommen und sei keine abschließende Bewertung. Diese (s.o.) werde für jeden Fall separat vorgenommen. Die Zuordnung einer Beschwerde zum Verstoß gegen die Menschenwürde werde anhand des Falles gemacht.

Bei unberechtigten Beschwerden werde trotzdem vorher kategorisiert und dort aufgeführt. In der Bewertung zum Schluss wird genannt, dass es sich um eine ungerechtfertigte Beschwerde handle.

Es wurde speziell gefragt, warum Beschwerden im Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz in der Dorotheenstraße aufgegriffen worden seien und wieso diese in die Kategorie „Verstoß gegen die Menschenwürde“ eingeordnet worden seien. In der Beschwerde wurden gesundheitliche Schäden und ein gefühlter unverhältnismäßiger Einsatz beklagt.

Ob dies tatsächlich so sei oder nicht, werde im Einzelfall untersucht.

Die Grundstruktur in den nächsten Berichten soll so erhalten bleiben. Dies sei mit der Verwaltung so besprochen, insbesondere dass Einzelfälle anonymisiert dargestellt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Ombudsstelle und Verwaltung sei wichtig, insbesondere, dass Transparenz für beide Seiten entstehe.

Es sei wichtig zu wissen, wie Verwaltung handelt und wie diese zu Entschlüssen komme und auf welcher Grundlage sie beurteile, ob eine Beschwerde gerechtfertigt sei oder nicht.

Es gebe aber einen Arbeitsprozess, bei welchem die Ombudsstelle ihre Wünsche äußern könne. Die Verwaltung im Gegenzug gebe an, was sie machen könne und was nicht möglich sei. Hier sei man aber auf einem guten Weg, da ein transparenter Umgang miteinander auch bei der Aufklärung konkreter Fälle helfe.

Herr Oster stimmt RM Herr Detjen zu, ein regelmäßiger Austausch sei wichtig. Dieser sei vorhanden. Die Ombudsstelle sei eine beispilslose, gute Einrichtung und für die Verwaltung sei diese Ombudsstelle die erste überhaupt, mit der diese umgehen müsse.

Momentan werden Gespräche geführt und hier finde man Konfliktpunkte, aber es werden auch die jeweiligen Rollen gefunden.

Die Verwaltung sei an Aufklärung interessiert und die positive Entwicklung, die gemacht wird, werde sicherlich auch in einem der folgenden Berichte aufgezeigt.

RM Herr Klausung bedankt sich für die ausführliche Erläuterung der Kategorien. Er bittet, bei der Kategorisierung methodisch einzupflegen, welche Grundannahmen dahinterliegen, was, daran herangetragen werde und wie dem Rechnung getragen werde.

Herr Zitzmann gibt an, für die Zukunft sei eine tabellarische Übersicht geplant. Hier werde dargestellt, welche Beschwerden zu einer bestimmten Kategorie vorgebracht wurden und welche davon gerechtfertigt seien und welche ungerechtfertigt.

RM Herr Klausung fügt noch hinzu, falls es zu einer Weiterentwicklung der Kategorien komme, fände er es hilfreich, wenn das Abstraktionsniveau gleich bleibe.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich recht herzlich für die Arbeit. Er fand den Bericht sehr gut, würde sich aber zukünftig wünschen, wenn die folgenden Berichte etwas knapper werden würden.

9.3 Errichtung einer temporären Flüchtlingsunterkunft in Systembauweise am Standort Dürener Str. (neben 283), 50935 Köln-Lindenthal 3982/2016

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt nach der Aktualität der Mitteilung, da laut der Presse vom Tage von der Oberbürgermeisterin Frau Reker eine andere Entscheidung, als die in der Mitteilung vorgelegte, getroffen worden sei.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass die Mitteilung bezüglich der hier angekündigten 22 Plätze veraltet sei. Oberbürgermeisterin Frau Reker trete für die Realisierung von 60 Plätzen

ein, unabhängig von den in der Mitteilung genannten Bedenken. Mehr als 60 Plätze scheinen nicht möglich zu sein.

Herr Ludwig ergänzt, dass mehr als 60 Plätze aufgrund der Quadratmetergröße des Grundstückes nicht möglich seien. Es sei baulich nicht möglich, über diese Zahl hinaus zu gehen.

RM Frau Heuser erklärt, dass diese Mitteilung auf einen Beschluss zurückgehe, welchem eine Machbarkeitsstudie zugrunde lag. Hier habe man pauschal 150 Plätze angedacht.

In der Zeitung waren einige Leserbriefe, welche darüber gespottet haben, dass plötzlich nur noch von 22 Plätzen die Rede sei.

Sie könne das sehr gut nachvollziehen, auch wenn sie daran erinnere, dass Bündnis 90/Die Grünen sich gegen eine Erweiterung des FCs im Grüngürtel ausgesprochen haben. Dort habe jedoch der Landschaftsschutz nicht so viel zu gesagt, obwohl der Eingriff dort um einiges höher sei, als bei der Dürener Straße. Sie stelle sich hier die Frage, nach welchen Verhältnismäßigkeiten gemessen werde.

Sie befürworte, dass Oberbürgermeisterin Frau Reker sich dafür einsetze, den Landschaftsschutz hier zurückzufahren, um zumindest auf 60 Plätze aufstocken zu können.

Herr Ludwig erläutert, wie man zu der Zahl von 150 Plätzen im Ratsbeschluss 2014 gekommen war.

Damals sei man in einer Situation gewesen, dass die steigenden Zahlen in der Flüchtlingsunterbringung absehbar waren, aber noch nicht so gravierend wie 2015 waren. Zu dem Zeitpunkt habe man diskutiert, die Leitlinien von 2004, maximal 80 Leute pro Einheit unterzubringen, anzuheben auf 150. Dies sei losgelöst von der Frage gewesen, ob die Grundstücke, welche zur Debatte standen überhaupt diese 150 Plätze hergegeben hätten.

RM Frau Hoyer ergänzt, dass die 150 bewusst auf Grundlager einer Verwaltungsvorlage beschlossen wurde.

Herr Ludwig insistiert, dass gemäß Ratsauftrag von 2014 die Verwaltung gebeten wurde, zu prüfen, ob eine Unterkunft zur Unterbringung von bis zu 150 Flüchtlingen dort entstehen könne. 150 sei hierbei die Obergrenze gewesen, es sei aber nicht die Maßgabe gewesen auf diesem bestimmten Grundstück 150 Flüchtlinge unterzubringen. Das sei auf einer Fläche von 2000m² nicht möglich.

Er gebe aber zu, dass dies in der jetzigen Mitteilung unsauber ausgedrückt wurde und man zukünftig hier sorgfältiger berichten werde.

9.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DieLinke und der Piraten-Gruppe betreffend "Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte einführen" **AN/0211/2017**

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass der Gedanke hinter dem Antrag sei, dass man ein professionelles datenbankgestütztes Belegungsmanagement einführe, um die Verwaltung auch personell zu unterstützen.

Es gebe eine Erklärung der Verwaltung, welche besagt, dass es bereits eine Software (Karthago) gebe, die bei der Unterbringung von Flüchtlingen eingesetzt würde. Karthago sei aber lediglich ein Hausverwaltungsprogramm und keine Software für ein Belegungsmanagement.

Die Antragsteller seien erfreut, dass der Beigeordnete Herr Dr. Rau in der Mitteilung schreibe, dass es Ziel sei, baldmöglichst eine umfassende Softwarelösung zu realisieren, mit Hilfe derer alle in Köln lebenden geflüchteten Menschen erfasst und das Belegungsmanagement optimiert werden könne.

Dies decke sich mit dem, was man mit diesem Antrag erreichen wolle. Dieser sei somit durch diese Mitteilung ein Stück weit erledigt.

Dennoch würden die Fraktionen der SPD und Die LINKE gerne einen Ersatzantrag einbringen, welcher zeitlich nicht mehr rechtzeitig zur Sitzung umgedruckt werden konnte und somit vorgelesen werde:

Die Verwaltung wird gebeten, kurzfristig bis zur Sommerpause eine Verwaltungsvorlage zu erstellen, die eine umfassende Softwarelösung für ein Belegungsmanagement beinhaltet. Das Belegungsmanagement soll die Unterbringungen der Geflüchteten nach den Kriterien der besonderen Schutzwürdigkeit regeln sowie die Steuerung des Besuchs der Kinder in den Kitas und Schulen ermöglichen.

Dazu sollen auch die notwendigen Personalressourcen für die Pflege und Betreuung des Belegungsmanagements und die Finanzierung dargestellt werden. Die Vorschläge und Anregungen des Antrages AN 0211/2017 aus der Ratssitzung vom 14.02.2017 sollen berücksichtigt werden.

Dieser Antrag solle den Antrag der auf der heutigen Tagesordnung stehe ersetzen. Dieser werde somit zurückgezogen.

RM Frau Heuser teilt mit, dass Bündnis 90/Die Grünen den Ersatzantrag nicht unterstützen, da mit der Mitteilung unter TOP 12.5, dem 13. Flüchtlingsbericht unter TOP 9.6, durch den Ratsbeschluss betreffend den besonders Schutzbedürftigen und dem TOP 9.8 alles abgeglitten und erledigt sei.

Die Verwaltung habe bereits betont, dass sie auf dem richtigen Weg sei. Außerdem halte sie nichts davon immer neue Aufträge zu machen, wie die Verwaltung zu arbeiten habe. Sie erwartet und denkt, dass das nun auch umgesetzt werde.

RM Herr Detjen findet die Ansicht von RM Frau Heuser destruktiv. Es gehe hierbei ja darum die Verwaltung zu unterstützen. Man wolle Unterstützung signalisieren. Es soll lediglich ein Konzept bis zur Sommerpause entwickelt werden.

Im Kulturausschuss wurde beschlossen, dass das Gürzenichorchester ein Belegungsmanagement benötige. Er sei der Ansicht, wenn es ein Belegungsmanagement für das Gürzenichorchester gebe, sollte die Stadt für Flüchtlinge definitiv auch eines haben. Er sei sich sicher, dies werde auch nicht zu teuer werden. Er habe mit Wohlfahrtsverbänden gesprochen, es gebe genug Software, welche man auch einsetzen könne.

RM Frau Heuser bittet um Stellungnahme hierzu vom Beigeordneten Herr Dr. Rau.

Die Verwaltung befinde sich in einem Prozess, das Belegungsmanagement zu entwickeln. Wieso solle man dann in dieser Phase noch ein Konzept entwickeln und einfordern. Sie sehe dabei keinen Sinn. Die Verwaltung müsse nicht mit noch einem bürokratischen Akt belegt werden, wenn der Prozess bereits laufe.

RM Herr Detjen erklärt, wenn die Verwaltung ein bestimmtes Programm kaufen wolle, welches mit einigen Kosten verbunden sei, dann müsse sie eine Verwaltungsvorlage erstellen, in welcher geschrieben steht, wie sie es machen wollen und das auch personell umsetzen wollen.

Das Wort Konzept habe er fälschlicherweise genutzt, er meinte eigentlich eine Verwaltungsvorlage.

Beigeordneter Herr Dr. Rau teilt mit, dass das Hauptproblem mit besonders Schutzbedürftigen Menschen nicht die Software oder die Erkennung sei, sondern die Verfügbarkeit von Raum.

Die Stadt hat eine Software, man wolle auch eine Neue, man möchte aber keine Vorgaben aus der Politik, welche dies sein soll.

Man sei so weit, dass man in einer Software Daten erfasse, welche in anderen Programmen ebenfalls benötigt werden. Hierfür seien momentan manuelle Neueintragungen derselben Daten in verschiedenen Systemen nötig. Das Amt für Informationsverarbeitung ist informiert, dass bei der zukünftigen Software, die Abgleichung der Systeme automatisiert passiert.

RM Frau Gärtner unterstützt die Ausführungen von RM Frau Heuser. Sie verstehe den Antrag auch nicht, da ein Problem mit räumlichen und personellen Ressourcen vorhanden sei. Aber

das heiÙe ja nicht, dass bisher kein Belegungsmanagement gemacht wurde. Es klinge in der Diskussion so, als habe die Verwaltung genau dies bisher nicht gemacht. Sie betont, dass die einzelnen Mitarbeiter der Stadt wissen, was sie tun. Diese haben Listen, mit denen sie arbeiten und Informationen darüber, wie sie was abwickeln können und wo sie Plätze finden, um Leute unterzubringen.

Das sei aber nicht damit getan, dass nur eine Verwaltungsvorlage erstellt werde. Man müsse ja auch etwas reinschreiben und hierfür prüfen und recherchieren. Man gehe hier in die Kompetenzen der Verwaltung. Diese sei auch daran interessiert, die Abläufe zu optimieren.

Sie sei zwar bereit zu unterstützen, aber nicht durch Vorschriften, wie etwas zu machen sei.

Die Fraktion der CDU sei also auch gegen den Antrag. Zusätzliche Beschlüsse halten mehr auf, als dass sie in diesem Fall Sinn machen. Die Verwaltung solle vorwärts kommen und nicht ständig prüfen müssen und Verwaltungsvorlagen schreiben.

RM Frau Hoyer sagt, die Formulierung des Antrags sei fast deckungsgleich mit der Mitteilung der Verwaltung. Sie sei sich nicht sicher, ob es ohne den Antrag im Rat die Mitteilung gegeben hätte.

Sie sehe jedoch keine Notwendigkeit einen Antrag zu beschließen.

Die Verwaltung benötige ein besseres Belegungsmanagement, Optimierung sei hier notwendig. Dies sage die Verwaltung aber selbst.

Die Fraktion der FDP stimme somit nicht zu.

RM Frau Schwab fragt nach, ob man beim Aufbau des Belegungsmanagements Karthago auch berücksichtigen könne, dass Schulwechsel möglichst nicht stattfinden sollen und wenn, diese erleichtert werden sollen und ob in dem System auch die besonders Schutzbedürftigen mit Inbegriffen seien.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold wirft ein, dass Karthago kein Belegungsmanagement sei, sondern nach Aussagen des Herstellers lediglich ein Hausverwaltungsprogramm

Herr Ludwig stimmt dem Ausschussvorsitzenden RM Herr Paetzold zu. Karthago sei zurzeit kein Belegungsmanagement. Es werde aber geprüft, ob man diese Software zu einem Belegungsmanagement erweitern könne.

Dies sei viel einfacher, als einen neuen und langen Prozess in der Verwaltung durch Neueinführung einer komplett neuen Software anzustoßen. Dies würde sehr lange dauern, da man hier viele Faktoren beachten müsse. Federführend sei dann ein anderes Amt, welches Anforderungen formuliert, die in die städtische Umgebung passen. Außerdem müsse insbesondere bei so einem Thema der Datenschutzbeauftragte involviert werden, etc.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold stellt klar, dass in dem Antrag nur eine umfassende Softwarelösung gefordert werde und eben kein vorgeschriebener Weg.

RM Herr Detjen sagt, dass der Ausschuss ein Fehler mache. In der Verwaltungsvorlage sei nicht beschrieben, was dieses Programm machen soll. Es gehe ihm nicht um das Programm, sondern lediglich, dass ein paar Kriterien vorgegeben seien. Die Vorschläge aus dem Antrag des Rates sollen nur berücksichtigt werden, es sei keine Verpflichtung, diese umzusetzen. Als Kriterium gelte zum Beispiel, dass Schulen und Kitas berücksichtigt werden. Sei dies nicht der Fall, sei die gefundene Softwarelösung wieder nicht vollumfänglich brauchbar.

SE Frau Hollmann ist der Meinung, dass Karthago jetzt schon ein Hausverwaltungsprogramm sei und dies bereits eine Errungenschaft für die Mitarbeiter in der Verwaltung sei.

Diese Diskussion sei völlig aufgebläht. Sie wünsche sich lediglich, dass beim neuen erweiterten Programm, das die Mitarbeiter, die dieses Belegungsmanagement machen, bei der Planung mit einbezogen werden.

Beschluss gemäß Ersatzantrag vom 09.03.2017, der SPD-Fraktion, und der Fraktion DieLinke betreffend „Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte einführen“

„Die Verwaltung wird gebeten, kurzfristig bis zur Sommerpause eine Verwaltungsvorlage zu erstellen, die eine umfassende Softwarelösung für ein Belegungsmanagement beinhaltet. Das Belegungsmanagement soll die Unterbringungen der Geflüchteten nach den Kriterien der besonderen Schutzwürdigkeit regeln sowie die Steuerung des Besuchs der Kinder in den Kitas und Schulen ermöglichen.

Dazu sollen auch die notwendigen Personalressourcen für die Pflege und Betreuung des Belegungsmanagement und die Finanzierung dargestellt werden. Die Vorschläge und Anregungen des Antrages AN 0211/2017 aus der Ratssitzung vom 14.02.2017 sollen berücksichtigt werden.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DieLinke **abgelehnt**.

Anmerkungen

Der ursprüngliche Antrag wird zurückgezogen, da in der Sitzung ein Ersatzantrag gestellt wurde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, dass die Vorlage mit TOP 12.5 zusammen behandelt wird.

9.5 Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe AN/1393/2016: "Werden die Standards für die Auswahl des Sicherheitspersonals kontrolliert?" 0226/2017

9.6 Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - 13. Bericht 0678/2017

Herr Ludwig ergänzt, dass eine weitere Turnhalle freigezogen sei. Diese Turnhalle befinde sich am Niehler Kirchweg und sei eine Unterbringung für alleinreisende Männer gewesen. Momentan werde die Turnhalle hergerichtet und danach gebe man sie dem Vereinen und der Schule zurück.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

9.7 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften Zeit-/Maßnahmenplan - aktueller Sachstand 0517/2017

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lobt zu Beginn, dass bei den mobilen Einheiten die Sanitäreinrichtungen mittlerweile in die abgeschlossenen Wohneinheiten integriert wurden.

RM Herr Detjen stimmt dem Ausschussvorsitzenden RM Herr Paetzold zu. Des Weiteren fragt er nach den unterschiedlichen Bauzeiten der Systembauten und wieso diese nun doch um einiges zügiger vollendet werden als anfänglich von Herrn Ludwig vorgetragen.

Herr Ludwig erklärt dies mit der inzwischen etwas weniger angespannten Personallage und mit der Schaffung von Ressourcen insbesondere beim Ablauf des Vergabeverfahrens und in der Abwicklung. Der momentane Zeitunterschied von einem Monat ist nach aktuellem Stand haltbar. Jedoch sei zu beachten, dass es beteiligte Dritte gebe, hier habe man keinen Einfluss auf Zeitabläufe.

SB Herr Dr. Schulz fragt nach, welche die „nicht umzusetzenden Standorte“ seien, für die der Standort Neusser Landstraße / Blumenbergsweg als Ersatzstandort nachbenannt wurde.

Herr Ludwig antwortet, dass es hierzu einen Änderungsantrag im Rat am 20.12.2016 gab. Danach sei der Standort Loorweg in Porz weggefallen und dazugekommen sei, unter gleichzeitiger Reduzierung der Belegung des Standorts Roggendorf/Thenhoven, der Standort Neusser Landstraße / Blumenbergsweg.

RM Frau Heuser fragt nach, ob und wenn ja wie viele Systembauten in Holz in Planung seien.

Herr Ludwig verweist auf den Standort Erbacher Weg. Dieser sei als Systembau Holz geplant. Offen sei jedoch noch, wie die Resonanz der Firmen auf diese Art des Systembaus ist.

RM Frau Hoyer bittet darum, mit einem Ampelsystem den Stand der Bauten in einem festen Intervall dem Ausschuss Soziales und Senioren aufzuzeigen.

Herr Ludwig sagt dies zu.

RM Herr Erkelenz erklärt bezugnehmend auf die Frage bezüglich den „nicht umzusetzenden Standorten“ von SB Herrn Dr. Schulz, dass in der Ratssitzung am 17.11.2016 für die Reduzierung des Standortes Roggendorf/Thenhoven drei andere Standorte zur Prüfung standen. Diese drei Standorte seien geprüft worden und der Standort Neusser Landstraße / Blumenbergsweg wurde auserkoren, Platz für 240 Flüchtlinge zu bieten, unter Reduzierung der Plätze am Standort Roggendorf / Thenhoven.

9.8 Zusammenfassung der Ergebnisse der Fachtagung „Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf“ am 16.09.2016 0592/2017

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

10.1 Inklusionsvereinbarung ersetzt die bestehende Integrationsvereinbarung 4128/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

**11.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Heuser zur Beantwortung der Anfrage zum Thema "Beratungsangebot 'Präventive Hausbesuche' stärken!" (3521/2016)
0248/2017**

**11.1.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - (0990/2016) / Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln (2763/2016)
hier: Beantwortung von mündlichen Anfragen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung
3838/2016**

SE Frau Lerchner bittet um eine Aufschlüsselung der Zahlen.

Frau Rehberg sagt diese zu.

SB Frau Schmerbach bittet um Beantwortung, welche Maßnahmen zur Reduzierung der Zahlen getroffen werden. Sie bittet darum, die Antwort auch dem Ausschuss Schule und Weiterbildung zur Verfügung zu stellen.

**11.1.3 Beantwortung einer Nachfrage zu TOP 10.5 Inklusionsvereinbarung ersetzt die bestehende Integrationsvereinbarung (4128/2016) aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 26.01.2017
0524/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**11.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 26.01.2017 zur Mitteilung zum Projektstart des ESF-Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ ab
01.01.2017 - 0115/2017
0622/2017**

SB Frau Schmerbach bittet darum, zu prüfen, ob man das ESF-Projekt „Willkommen und Ankommen in Köln“ in Ehrenfeld fortführen könne, auch wenn Ehrenfeld nicht mehr als Sozialraum gelte.

Frau Rehberg antwortet, dass für das Projekt „Willkommen und Ankommen“ mit einer Laufzeit von zwei Jahren derzeit keine Ausweitung möglich ist.

Perspektivisch werde versucht, auch das „Einzugsgebiet“ Ehrenfeld wieder mitaufzunehmen.

**11.1.5 Angebote der Beratungsstellen in Köln für Menschen mit Behinderungen hier: Beantwortung einer Anfrage aus dem Ausschuss Soziales und Senioren - Sitzung am 01.12.2016
AN/2030/2016
0657/2017**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold sieht aufgrund der Präambel der Antwort der Verwaltung, diese auf einem guten Weg sei, um die Beratungsstellen in Köln für Menschen mit Behinderung zu verbessern.

Frau Rehberg teilt mit, dass ein sehr intensiver Austausch mit den KoKoBes (Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen) stattfindet. Die beiden in der Verwaltungsvorlage genannten Wege werden nun getestet.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold findet besonders beachtlich, dass ein Teil dieser Verwaltungsvorlage in leichter Sprache geschrieben ist.

**11.1.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?"
0574/2017**

**11.1.7 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Internet-Ausstattung in den städtischen Altenpflegeeinrichtungen für Senioren und Seniorinnen"
AN/0089/2017**

**11.1.8 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Schuldnerberatung bei der Stadt Köln"
AN/0141/2017**

**11.1.9 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Wohnraum für benachteiligte Personengruppen"
AN/0151/2017**

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**11.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Auswirkungen der Pflegestärkungsgesetze (PSG) I, II & III"
AN/0279/2017**

**11.2.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Vermittlungsstelle Seniorinnen- und Seniorenjobs"
AN/0283/2017**

**11.2.3 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Präventive Hausbesuche stärken"
AN/0286/2017**

**11.2.4 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen"
AN/0288/2017**

**11.2.5 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wie hat sich die Zahl der Abschiebungen aus Köln entwickelt?"
AN/0360/2017**

**11.2.6 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wie viele Menschen nutzen den Köln-Pass?"
AN/0364/2017**

11.3 Mündliche Anfragen

11.3 1

RM Frau Gärtner erkundigt sich zum Sachstand des Frauenhauses. Es bestehe die Sorge, dass das Wohnungsbauvorhaben verzögert werden könnte.

Beigeordneter Herr Dr. Rau teilt mit, dass hier bisher keine Verzögerungen in Sicht seien und stellt eine Beschlussvorlage zur nächsten Sitzung in Aussicht.

11.3 2

SE Herr Scheffer fragt, ob es Neuigkeiten bezüglich des Drogenkonsumraums um den Neumarkt und bezüglich des barrierefreien Zugangs zur Domplatte gibt.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erläutert, dass für eine Immobilie in der Nähe des Neumarkts bereits ein Vormietvertrag abgeschlossen wurde und eine Realisierung sehr wahrscheinlich ist.

Der Ausschussvorsitzende RM Paetzold bittet darum, dieses Thema zur Behandlung in den Gesundheitsausschuss zu schieben.

Beigeordneter Herr Dr. Rau teilt mit, dass das Projekt „Barrierefreiheit Domplatte“, ebenso wie TOP 2.1 – Wohnungstauschbörse für Köln wieder auf die Tagesordnung genommen wird, sobald es Neuigkeiten gibt.

11.3 3

SE Frau Reisinger fragt nach dem Sachstand des Programms „Starke Veedel – starkes Köln“. Es sollten in allen elf Sozialräumen ESF-finanzierte Module beginnen. Das Modul „Übergänge gestalten“ sei nun offenbar vom Land abgelehnt worden. Sie bittet um Mitteilung, wie es mit den weiteren Modulen aussieht.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

11.3 4

SE Herr Dr. Dr. Mück bittet bei der Beantwortung der Anfrage der Piraten zu TOP 11.1.7 – „Internet-Ausstattung in den städtischen Altenpflegeeinrichtungen für Senioren und Seniorinnen“ (AN/0089/2017) auch die Internetausstattung in Seniorenheimen zu berücksichtigen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

12 Mitteilungen

**12.1 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: Januar 2017)
0535/2017**

**12.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2017"
4272/2016**

**12.3 Sachstandsbericht des Programms "Win-Win für Köln"
0530/2017**

RM Frau Hoyer ist erfreut über einen neuen Sachstandsbericht, kritisiert jedoch die lange Laufzeit von Maßnahmen, die teilweise seit 2009 laufen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold findet gut, dass das Rheinpark-Café endlich saniert wird.

SB Herr Dr. Schulz macht darauf aufmerksam und lobt, dass sich mit der Sanierung des Kuhstalls im Kriebelshof in Köln-Worringen ein weiteres neues Projekt in der Planungsphase befinde.

**12.4 Umsetzung "Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)" des Bundes in Köln
0239/2017**

**12.5 Anwendung der Software Karthago im Amt für Wohnungswesen
0573/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, dass die Vorlage mit TOP 9.4 zusammen behandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**12.6 Broschüre zum Diversity Netzwerk der Kommunal- und Landesverwaltungen
0650/2017**

**12.7 Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
0624/2017**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 14 Beantwortungen von Anfragen**
- 15 Mitteilungen**
- 16 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 17 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 17.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**
 - 17.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen**
 - 17.3 Mündliche Anfragen**
- 18 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 20 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 21 Anfragen**
Paetzold Diener
Ausschussvorsitzender Schriftführer